

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 03/52. Jahrgang

März 2021

Schutzgebühr: 0,40 €

Am 14. März Gießener LINKE wählen



Martina Lennartz (DKP)

Die bisherige Stadtpolitik setzte vornehmlich die Interessen der Banken und Konzerne durch - von Prestigebauten bis zum Individualverkehr. Beispiele gefällig?

Die Unterführung der Ostanlage: **330.000 Euro**, die unpraktischen Bushäuschen am Marktplatz: **370.000 Euro**. Der Tunnelbau am Bahndamm: **3,6 Millionen Euro** - hier verwechselte die Stadt sogar Netto mit Brutto. Dann das Millionengrab Landesgartenschau 2014: **22 Millionen Euro**. Dort wurden über 360 Bäume gefällt, Biotope zerstört, absichtlich Kaninchen vergiftet, das Teichhuhn vertrieben sowie Orchideenarten und das Wildbienenvolk im Boden vernichtet. Die Bürgerinitiative (BI) „Stoppt diese Landesgartenschau“, deren Sprecherin ich war, konnte zeigen, wie man in die Stadtpolitik erfolgreich eingreifen kann. Wir brachten mit der BI zwei Bürgerbegehren auf den Weg, von denen eins erfolgreich war. Wir verhinderten eine Begradigung und Befestigung des Ufers und retteten deren naturnahe Vegetation.

Was lernen wir daraus? Wenn Bürgerinnen und Bürger gemeinsam aktiv werden, können sie erfolgreich sein, was auch der Antrag zur Verkehrswende zeigt. Unsere Auffassung von Demokratie ist die Interessen der Bürger durchzusetzen.

Was Gießen außerdem braucht?

Barrierefreie öffentliche Toiletten und barrierefreie Zugänge in alle öffentlichen Gebäude, funktionierende Überquerungsmöglichkeiten des "E-Klos", Wärmestuben, mehr Spiel-



Filme von [Helmut](#) und [Martina](#) auf der Youtube-Seite der DKP Gießen.

plätze und Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, Schlafplätze für Wohnsitzlose, Sozialwohnungen, Aussetzung von Stromsperrungen und Zwangsräumungen während der Lockdowns, mehr Kita-Plätze sowie kostenfreien ÖPNV.

Und: **Die Kosten der Coronapandemie dürfen nicht auf die Lohnabhängigen abgewälzt werden!** Stopp weiterer Privatisierungen und Umsetzung der Re-kommunalisierung, Post, Bahn sowie Krankenhäuser müssen zurück in öffentliche Hand!

Um mit Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam für ihre Interessen zu kämpfen - dafür kandidiere ich!

Martina Lennartz - Liste 7 - **Platz 5**

Helmut Appel (DKP)

Als langjähriges Mitglied - und aktiver Spieler - bei Blau-Weiß Gießen, mittlerweile im Vorstand als 2. Vorsitzender tätig, habe ich nicht zuletzt durch die Auseinandersetzung um die Landesgartenschau 2014 gemerkt, dass es sich lohnt, für berechtigte Interessen einzutreten. Unser Ergebnis (zurück an die Ringallee mit neuem Vereinsheim) konnte sich sehen lassen.

Dies gelang aber auch nur, weil unser Verein viel Unterstützung aus allen Teilen der Stadtgesellschaft erfuhr.

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Dannenröder Forst / Abgelehnte Anträge	S. 2
Frauenkampftag / Zwei-Klassen-Gesellschaft	S. 3
Gesundheitsgefährdung / Für gerechte Bildung	S. 4
Die einen werden reich, die anderen krank / Mietkämpfe in Gießen	S. 5
Berufsverbote / Uniklinikum	S. 6
Menschenrechts-imperialismus / Vollgas gegen Fahrradstraßen	S. 7
Leserbrief / Matratze des Monats / 50 Jahre GE	S. 8

Für Frieden und Sozialismus!

DKP

Der Wald ist weg – der Kampf geht weiter

Tausende Polizisten aus der ganzen Bundesrepublik haben die Räumung des Dannenröder Forstes und der angrenzenden Wälder unterstützt, ganz vertreiben ließen sich die Besetzer jedoch nicht. Noch gibt es ein Protestcamp und öffentlich wirksame Aktionen – selbst bei der Eiseskälte im Februar harrten einige aus. Sie wollen den Autobahnbauern die Arbeit so schwer wie möglich machen und ein Beispiel für den Widerstand gegen weitere Straßenprojekte geben.

In Deutschland sind in den nächsten Jahren noch mehrere hundert Kilometer Raserstrecken geplant. Dabei weiß jeder, dass mehr und breitere Straßen logischerweise auch für mehr Verkehr sorgen – obwohl fast alle von Verkehrswende und CO₂-Einsparung reden.

Autobahnbau ist ein prima Geschäft. Allein der Lückenschluss für die A49 wird etwa 700 Millionen Euro kosten, sodass die beteiligten Firmen und die finanzierenden Banken daran gut verdienen.

Um Straßenbau für Investoren noch profitabler zu machen, wurde in diesem Jahr die Zuständigkeit dafür an eine eigens gegründete GmbH übergeben und die Aufsicht darüber an ein ebenfalls neu gegründetes Bundesamt. Fast alle neuen Autobahnen, auch die A49, werden in sogenannter Öffentlich-Privater-Partnerschaft (ÖPP) gebaut und betrieben, obwohl der Bundesrechnungshof mehrfach vorgerechnet hat, dass dieses Modell mindestens 30% teurer ist als die Erledigung in staatlicher Verantwortung, blieben alle

Verkehrsminister mit Duldung der jeweiligen Regierung bei den ÖPP. Dabei ist die Gefahr der Korruption viel höher als unter öffentlicher Aufsicht.

Auch rechtlich ist bei der A49 nicht alles in Ordnung. Eine von der EU geforderte umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung fehlt und auch wasserrechtliche Bestimmungen werden verletzt. Die Grünen in der Landesregierung hätten deswegen durchaus noch gegen den Bau vorgehen können – die Regierungsbeteiligung war ihnen allerdings wichtiger. Die Besetzer des Dannenröder Forstes haben gezeigt, wie man gegen Bauvorhaben protestieren kann – weitere Autobahnbaustellen müssen mit noch heftigerer Gegenwehr rechnen. Gernot Linhart

Kein Herz für Menschen in Not - außer "Gießener Linke"?

Als "Niedrige Beweggründe" würde vor Gericht das Verhalten des CDU-SPD-GRÜNE-FDP-Blocks bezeichnet, mit dem immer wieder Anträge der Abgeordneten der "Gießener Linke" Martina Lennartz (DKP) abgeschmettert werden. Bei ihren Anträgen ging es jedes Mal um Gesundheit und Leben von Menschen in Gießen ohne festen Wohnsitz.

2018 stellte sie den Antrag, eine "Umgehende Bereitstellung von zusätzlichen Schlafgelegenheiten für obdachlose Frauen" in Wohncontainern: ABGELEHNT!

2019 hatte sie beantragt, einen Teil des riesigen Gebäudes der Erstaufnahmeeinrichtung in der Lahnstraße für "Unterkünfte für Wohnsitzlose, Wärmestuben, Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen, betreutes Wohnen, studentische Unterkünfte" zu nutzen: ABGELEHNT!

Im Dezember 2020 schrieb der *Gießener Anzeiger*: "Alle gegen die Linke im Gießener Sozial-

ausschuss", und auch im Stadtparlament. Auch im letzten Jahr hatte Martina wieder beantragt, mehr Unterkünfte mit sanitären Anlagen zur Verfügung zu stellen. Die Ausflüchte der bürgerlichen Fraktionen wurden im Anzeiger so dargestellt:

Die Oberbürgermeisterin (SPD) schimpfte, dies sei nur eine "ständige Stimmungsmache gegen die Stadt." Und Herr Greilich (FDP) fand wahrheitswidrig, "es würde alles gemacht, was notwendig" sei. Lediglich Herr Grothe (Grüne) empfand "Handlungsbedarf", lehnte

aber inkonsequent den Antrag ab. Wie gruselig ist das denn?

Und jetzt, 2½ Monate später, macht ein Hotelier zu Recht Schlagzeilen: Er rettet Obdachlose während der eisigen Kälte vor dem Erfrieren und Verhungern, indem er ihnen sein leer stehendes Hotel privat zur Verfügung stellt. Eine humane Geste, die Leben retten kann. Eine private Initiative kann jedoch nie so ausdauernd sein wie eine städtische.

Die Gießener Führungsschicht der politikbestimmenden Parteien stiehlt sich seit Jahren aus ihrer Verantwortung. Der soziale Wohnungsbau ist über die Jahrzehnte "auf den Hund" namens **Privatisierung und Rendite** gekommen. Die Stadt schafft nicht einmal ihr Ziel, in mehreren Jahren 400 soziale Wohnungen zu bauen. Bei fast 3.000 Wohnungssuchenden ist diese Bilanz der Oberbürgermeisterin erbärmlich.

M. Berger



Fortsetzung von Seite 1 - Helmut Appel zur Kommunalwahl am 14. März

Aber: Der aus meiner Sicht notwendige Kunstrasenplatz wurde nicht gebaut; noch immer müssen unsere Kinder und die aktiven Männer und Frauen viel Staub schlucken. Es ist deshalb erforderlich, dass in der Ringallee und Weststadt Kunstrasenplätze gebaut werden, um für ganz Gießen ein vernünftiges Platzangebot bereitzuhalten. Genauso ist es notwendig, dass alle Gießener Sportplätze auf

LED- Flutlicht umgerüstet werden. Das ist fürs Klima gut und langfristig kostengünstiger.

Tausende Menschen arbeiten ehrenamtlich in den Vereinen; das stärkt das Zusammenleben der in Gießen heimischen Kulturen und gibt vielen ein Stück Gemeinschaft und Zusammenhalt. Wichtig ist es deshalb, das Vereinsleben zu stärken und neue Strukturen auszubauen.

Auch die Vereine nehmen zur Kenntnis, dass für viele junge Menschen Vereine nicht in Frage kommen. Deshalb sind diejenigen zu unterstützen, die entsprechende Angebote an Unorganisierte machen.

Ich werde mich deshalb für die Stärkung von Vereinen einsetzen, so wie es auch im Wahlprogramm der Gießener Linke gefordert wird.

Helmut Appel - Liste 7 - **Platz 9**

Raus zum internationalen Frauenkampftag

Der alte Klassenparagraf 218, der über die Körper von Frauen hinweg entscheidet, indem er Schwangerschaftsabbrüche nur unter gewissen Voraussetzungen erlaubt, ist immer noch nicht abgeschafft. Genauso wie der Paragraf 219a, der Frauen das Recht verwehrt sich bei unterschiedlichsten Quellen ihres Vertrauens online über einen Schwangerschaftsabbruch informieren zu können. Dieses patriarchale System kriminalisiert auch noch heute unsere Entscheidungen und beschneidet unsere körperliche Selbstbestimmung!

Im Zuge der Coronapandemie werden die Arbeitsbereiche im Sozial- und Gesundheitssektor, im Handel sowie in der Pflege plötzlich als systemrelevant anerkannt und ausgiebig beklatscht. Wir wissen jedoch schon lange, dass diese Arbeitsbereiche bedeutende gesellschaftliche Aufgaben sind und waren, auch schon vor der Pandemie. Sie werden allerdings überwiegend von Frauen geleistet und in der Regel schlecht entlohnt. Frauen mit Migrationserfahrung sind zudem meist noch stärker von dieser Ausbeutung betroffen,

da sie systembedingt oft nur die am schlechtesten bezahlten Jobs abbekommen. Im Haushalt übernehmen Frauen außerdem rund doppelt so viel Arbeit wie Männer; das hat System und heißt: unbezahlte Reproduktionsarbeit!



Schlecht bezahlt im Job und unbezahlt zu Hause? Nicht mit uns! Wir wollen, dass sich alle gleichermaßen und gemeinsam um Mitmenschen und Haushalt

kümmern. Wir wollen eine angemessene Anerkennung – auch finanziell – für unsere Arbeit. Als Frauen werden wir doppelt ausgebeutet – daher haben wir auch ein doppeltes Interesse an der Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse! Diese stehen uns im Weg, wenn wir die Unterdrückung der Frau beenden wollen.

Wir fordern daher nicht einfach Gleichberechtigung, wenn dies bedeutet, dass unsere Schwestern und Freundinnen hier und in anderen Ländern dafür mit schlechten Arbeitsbedingungen, Krieg, sexueller Ausbeutung und Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen bezahlen müssen! Organisieren wir uns als Frauen und werden wir mehr, die gemeinsam für die Überwindung der patriarchalen und kapitalistischen Verhältnisse kämpfen! Lasst uns gemeinsam als Klasse kämpfen, für eine befreite Gesellschaft!

Lasst uns den 8. März, den internationalen Frauenkampftag, als Auftakt für einen Frauenkampf an 365 Tagen im Jahr nutzen! - **Befreiung erkämpfen. Raus auf die Straße!**

Clara Roth

Zwei-Klassen-Gesellschaft unmaskiert

Seit 25.01. gilt eine verschärfte Maskenpflicht bei Alltagsverrichtungen wie Einkaufen, Bus- und Bahnfahren oder beim Arztbesuchen. Medizinische oder FFP2-Masken müssen verwendet werden. Für viele Menschen ist das eine finanzielle Zumutung. Sie stehen vor der Wahl: Brot oder Maske?

Zu den Ersten, die ihre Bezugsscheine erhielten, gehörten die Privatversicherten der DEBEKA. Am 04.02. gab es die Pressemeldung, dass fünf Millionen Hartz-IV-Bezieher noch immer keine Masken erhalten haben.

Mitte Februar wurden einem ALG2-Bezieher vom Sozialgericht

Karlsruhe nach Eilantrag 20 FFP2-Masken wöchentlich (oder monatlich 129 Euro) zugesprochen. Das Urteil ist rechtskräftig, aber nur auf den Einzelfall bezogen. Merke: Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt!

M. Berger

Gesundheitsgefährdung durch bürgerliche Politik und Großkapital

„Die Wirtschaft darf durch die Corona-Beschränkungen nicht weiter belastet werden“ lautet das Credo der Bundesregierung. Für Produktions- und Handwerks-Betriebe gibt es deswegen lediglich Empfehlungen: Bitte mehr Homeoffice anbieten, bitte Abstand ermöglichen, bitte Desinfektionsmittel bereitstellen usw. Die teilweise unsinnigen Beschränkungen für die Bevölkerung werden dagegen mit drakonischen Polizeieinsätzen und hohen Geldstrafen durchgesetzt.

Eine wirkliche Ursachenforschung für die häufigsten Infektionsquellen fehlt jedoch bis jetzt. Die Verfolgung von Infektionsketten durch die

Gesundheitsämter deckt nur 25% der Fälle auf. Mit klugen statistischen Verfahren könnte mehr erreicht und z. B. herausgefunden werden, wie viele Menschen sich tatsächlich am Arbeitsplatz oder im Berufsverkehr infizieren. Daraus wiederum ließen sich sinnvolle Maßnahmen ableiten.

Stattdessen jedoch versuchen sich inkompetente Politiker mit Vorschlägen zu profilieren, ohne darüber nachzudenken, welche Reaktionen sie damit bei vielen Menschen erzeugen. Manche schwafeln von einer Impfpflicht, obwohl es noch Monate dauern wird, bis für alle Impfwilligen genug Impfstoff zur Verfügung

steht. Andere wiederum wollen Privilegien für bereits Geimpfte, wie z. B. das Öffnen von Kinos, Kultureinrichtungen und Gaststätten für diesen Personenkreis. Der Ansturm der bereits geimpften 80-jährigen wäre bestimmt ein gutes Geschäft.

Wirksam bekämpft würde die Pandemie jedoch, wenn dort angesetzt würde, wo tatsächlich die meisten Kontakte stattfinden. Und das ist vermutlich am Arbeitsplatz und im Berufsverkehr. Aber das ist wohl nur in Ländern möglich, in denen nicht das Großkapital die Macht hat.

Gernot Linhart

Für gerechte Bildung!

„Für Millionen Schüler:innen heißt Bildung seit Monaten vor allem Unsicherheit und Chaos. Während der Staat Milliarden bereitstellt, um die Profite riesiger Unternehmen zu sichern, unternimmt er nichts, um sichere und gerechte Bildung während der Corona-Pandemie sicherzustellen. Im Gegenteil: Erst blieben die Schulen mit unzureichenden Vorkehrungen offen,



Und das, obwohl Schüler:innen aufgrund des Online-Unterrichts und der Tatsache, dass in der Pandemie jeglicher Ausgleich zur Schule weggefallen ist, noch stärkerer Belastung ausgesetzt sind als zuvor. Allerdings wird auch den Eltern viel abverlangt. Diese müssen weiter arbeiten gehen, um die Profitwirtschaft am Laufen zu halten und gleichzeitig ihre Kinder beim Homeschooling zu unterstützen“¹ (Besonders Frauen sind betroffen, siehe Artikel der SDAJ im Echo 02/2021).

Mit vereinzelt Aktionen wie dem Aktionstag am 26.02. unter dem Motto „Für gerechte Bildung“ schaffen wir allerdings nur geringfügigen Druck, es benötigt kontinuierliche Aktionen und

Kritik. Daher rufen wir als SDAJ alle Schüler:innen, Eltern, Lehrer:innen sowie die Gewerkschaften dazu auf, sich zu solidarisieren und gemeinsam aktiv zu werden. Unter <https://gerechtebildung.org/> findet ihr Gruppen und Organisationen, die

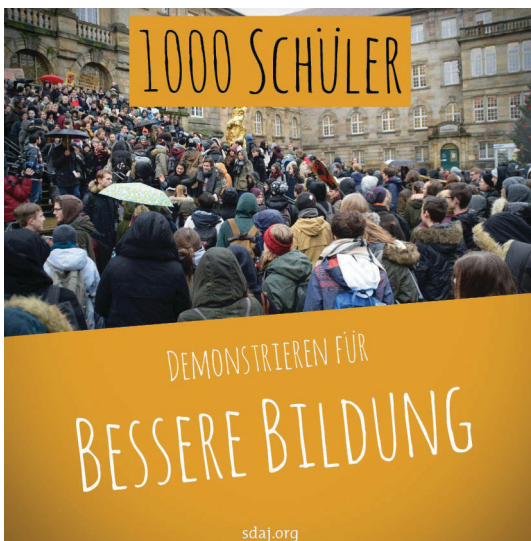
diesen Vernetzungsschritt bereits gegangen sind und gemeinsam dafür kämpfen, dass die Krise nicht auf unserem Rücken ausgetragen wird.

Denjenigen, die glauben, der Staat könne an den aktuellen Verhältnissen nichts ändern, weil dieser in der Pandemie keine Kapazitäten oder kein Geld hätte, um Schulen zu unterstützen, indem er bspw. kostenlose digitale Endgeräte für den Unterricht zu Hause bereitstellt, denen soll gesagt sein, dass sie den Lügen des Kapitals auf den Leim gegangen sind. **Die Bundeswehr hat trotz Pandemie so viel Geld wie nie.** Bereits im ersten Jahr der Pandemie ist der Verteidigungshaushalt um 5,6% gestiegen und zählte für das Jahr 2020 schwindelerregende 45,65 Milliarden Euro. Dieser Etat soll 2021 um weitere 1,4 Milliarden erhöht werden! Wir sehen:

Geld ist genug da, Zeit es uns zu holen!

Jonas von der SDAJ

¹ Quelle: Aktionsbündnis "Für gerechte Bildung"



selbst als die Infektionszahlen in die Höhe schossen. Als dann auf Online-Unterricht umgestellt wurde, geschah dies völlig unvorbereitet und ohne einen Plan, wie soziale und ökonomische Ungleichheiten ausgeglichen werden sollen. [...]



<https://www.instagram.com/sdaj.giessen/>



https://www.facebook.com/sdaj.giessen/?ref=page_internal

Die einen werden reich, die anderen krank

Immer neue Skandale aus der Fleischindustrie, aber auch Mas-
seninfektionen in anderen Groß-
betrieben zeigen, dass die Ge-
sundheit unserer Kolleg:innen in
den Betrieben gefährdet ist. Der
Kapitalismus schafft es nicht,
unsere Gesundheit nachhaltig zu
schützen, da die Unternehmen in
erster Linie ihre wirtschaftlichen
Ergebnisse im Auge haben. Unsere
Arbeitskraft stellt für sie lediglich
eine austauschbare Ware dar. Die
Strategie der deutschen Regierung
hat den Tod von über 70.000
Menschen nicht verhindern können,
da die Konkurrenzfähigkeit der
deutschen Wirtschaft offenbar mehr
zählt als Menschenleben.

Wir können uns also weder

auf den Staat noch auf die
Unternehmer verlassen. Wir
Gewerkschafter:innen müssen den
Arbeits- und Gesundheitsschutz
selbst in die Hand nehmen und
alles daran setzen, die Hygiene-
maßnahmen konsequent in den
Betrieben durchzusetzen. Das geht
nur mit unseren Vertrauensleuten,
Betriebsräten und verantwortungs-
bewussten Kolleg:innen. Wir werden
dort öffentlichen Druck aufbauen,
wo der Gesundheitsschutz nicht
eingehalten wird.

Ein wirklicher Schutz wird
nur möglich sein, wenn wir die
gesellschaftlich nicht dringend
erforderlichen Betriebe für eine kurze
Zeit stilllegen und die Beschäftigten
bei vollem Lohnausgleich von der

Arbeit freistellen. Dies werden
wir nur schaffen, wenn wir mit
unseren Gewerkschaften offensiv
und notfalls mit Streikmaßnahmen
zum Kampf um unsere Gesundheit
aufrufen.

In meiner IG Metall werde ich
mich dafür einsetzen, dass der
Schutz meiner Kolleg:innen an
erster Stelle steht und nicht die
Sorge um "die volkswirtschaftlichen
Konsequenzen", wie sie Jörg
Hofmann (Erster Vorsitzender der
IG Metall) neulich äußerte. Ich be-
grüße es, dass sich mittlerweile
auch einige Gewerkschafter:innen
aus der Region der ZeroCovid-
Kampagne (siehe Echo 02/2021)
angeschlossen haben.

Tobias Salin

Dieses Mitgestaltungsrecht können Sie vergessen!



Warum sind Mietkämpfe aktuell trotz
allem wichtig? Weil die Wertanlagen
von Immobilien entscheidend
dazu beitragen, die bestehenden
einseitigen ökonomischen Ver-
hältnisse abzusichern und zu
verfestigen. Während die meist
sowieso bereits viel besitzenden
Menschen mit der risikoarmen und
mit niedrigen Steuern belegten,
konstanten Profitausschüttung
dealen, führen Wohnungsnot, hohe
Mieten, Verdrängung und Ob-
dachlosigkeit zur Verschärfung der
prekären Verhältnisse von lohn-
abhängigen Menschen.

Auch in Gießen spitzt sich die
Lage um die „Wohnungsfrage“
weiter zu, beispielhaft zu sehen
im Universitätsviertel, in dem ein
Haus nach dem anderen entmietet
und zu überkauften, möblierten
WG-Einzelzimmern luxussaniert
wird. Genau davon sind auch

wir, die Bewohner*innen der
Ludwigstraße 50, betroffen und
schlossen uns mit Bewohnern
anderer Häuser zusammen, um
uns gegen die Gentrifizierungs-
Pläne unseres neuen Vermieters
zu wehren. In einem offenen Brief
wandten wir uns an ihn, um über die
Nutzung nach einer Renovierung
mitzuzentscheiden. Das Ziel:
bezahlbarer Wohnraum, auch
für größere Familien, Wohn- und
Lebensgemeinschaften. In einem
persönlichen Gespräch wurde
dieses Anliegen unter Be-
rufung auf das „Eigentum“
abgeschmettert und uns
stattdessen „Realitätsferne“
attestiert.

Wir finden, dass die
Stadtbevölkerung nicht nur ein
Recht auf die Gestaltung ihres
Lebensraums hat, sondern
überhaupt erst einmal auf
einen sicheren Wohnraum.
Der privatwirtschaftliche
Wohnungsmarkt scheitert seit
jeher daran, dieses Grund-
recht für alle Menschen
bereitzustellen, da es nie
sein Ziel war. Wohnungs-
not und Obdachlosigkeit
sind erwünschte Preistreiber,
Mieter*innen werden ausge-

beutet und die Gesellschaft nicht
an den von ihr erschaffenen Werten
beteiligt. Die Frage sollte also
sein: Wieso hat unser Vermieter
das Recht, über 20 Häuser zu
besitzen und nur in seinem Sinne zu
gestalten, wenn dies zum Nachteil
des Allgemeinwohls geschieht?
Wohnraum muss vergesellschaftet
werden und das Zahlen der Profite
der Besitzenden von der Arbeitskraft
der Allgemeinheit beendet werden.

Die Bewohner*innen der Ludi50



Haus in der Keplerstr. 1

A bas les BERUFSVERBOTE - Weg mit den Berufsverboten!

Grundrechte verteidigen!
Weg mit dem ...



Der seit dem 28.02.1972 von den Ministerpräsidenten der Bundesländer und Bundeskanzler Willy Brandt eingeführte "Radikalenerlass" erlebt im Februar nächsten Jahres den 50. Jahrestag seines Bestehens. Er sollte der Knüppel sein, um Kommunisten, linke Sozialdemokraten, MSB Spartakus und Maoisten jeder Schattierung klein zu halten. Denn das kapitalistische System der BRD hatte abgewirtschaftet: hohe Arbeitslosenzahlen, Studentenproteste, der imperialistische Aggressionskrieg gegen Vietnam, Widerstand gegen die Notstandsgesetze und die DDR wurde zum international anerkannten Staat.

Die Berufsverbote trafen zunächst die Betroffenen hart, die sich als Postler, Lehrer, Lokführer oder Leiter von Volkshochschulen jahrelang vor Gerichten und auf der Straße wehren mussten und schließlich ihre Arbeit und somit ihr Einkommen verloren. Dabei konnte ihnen nie etwas Ungesetzliches nachgewiesen werden. Stattdes-

sen wurde vielmehr die sog. "Gesinnungsschnüffelei" betrieben: "Warum haben sie Hochzeitsglückwünsche der DKP bekommen?" und "Sind sie Mitglied der DKP?" waren die Fragen bei den "Verhören". Die breite Solidaritätsbewegung, geleitet von den "Komitees gegen Berufsverbote" und später den Gewerkschaften, schwappte ins Ausland über. "The Berufsverbot" oder "Tegen Berufsverbote" erzeugten Demonstrationen, Kundgebungen und Komitees, z. B. auch in Gießens Partnerstadt Kerkrade (NL).

In Gießen gab es mindestens 30 Fälle, vor allem im Hochschulbereich (z. B. der Germanist Meyer-Ingwersen), beim Fernmeldeamt (Egon Momberger, Axel Brück) und im Lehrerbereich (Mario Berger). Selbst der Vater von Gießens Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz kam als Sozialdemokrat in Hamburg nicht in den Hochschuldienst.

Heute gibt es noch wenige Fälle (Bayern), weil sich die Bespitzelungs- und Abweisungsmethoden in den Betrieben verfeinert haben. Es ist an der Zeit

- die verfassungswidrigen Berufsverbote generell und bundesweit offiziell aufzuheben,
- alle Betroffenen vollumfänglich inhaltlich zu rehabilitieren und finanziell zu entschädigen,
- die Folgen der Berufsverbote aufzuarbeiten.

Ein Aufruf von Gewerkschaftsvorsitzenden, Künstlern usw. wird diese Forderungen bis zum 50. Jahrestag in die Öffentlichkeit tragen und dafür Unterschriften sammeln. Der genaue Wortlaut ist zu finden auf www.berufsverbote.de

M. Berger



Uniklinikum: Neue Tarifrunde

Am Uniklinikum Gießen/Marburg (UKGM) haben wieder einmal Tarifverhandlungen mit der Gewerkschaft ver.di begonnen. Betroffen sind diesmal die nichtärztlichen Beschäftigten (für die Ärzte gilt ein Tarifvertrag mit dem Land Hessen). Die Rhön AG ist für ver.di ein schwieriger

Verhandlungspartner. Vorallem seit sie vom Klinikkonzern Asklepios aufgekauft wurde, denn dieser ist ein Feind von Gewerkschaften und organisiertem Personal, in vielen seiner Kliniken gibt es keine Tarifverträge. Oft konnten erst durch Warnstreiks Tariferhöhungen und bessere Eingruppierungen durchgesetzt werden.

Die Klinikleitungen nutzen aus, dass das Streiken in Krankenhäusern sehr schwierig ist, denn die Beschäftigten können ihre Patienten ja nicht einfach im Stich lassen. Im Laufe der Zeit ist es ver.di und dem Klinikpersonal jedoch gelungen, wirksame Streikpläne zu entwickeln. Wir wünschen ver.di und allen im UKGM Arbeitenden viel Erfolg für die neue Tarifrunde!

Genauso wichtig wie gute Tarifverträge ist in Kliniken die Personalausstattung. Die letzten Vorgaben des Gesetzgebers für die Personalmessung haben allerdings keine Verbesserungen gebracht, sondern lediglich den schlechten Ist-Zustand zur Regel gemacht. Deswegen haben jetzt eine halbe Million Klinikbeschäftigte in ganz Deutschland an Gesundheitsminister Spahn appelliert, den Krankenhäusern schnellstmöglich bedarfsgerechte Vorgaben zu machen. Die Appelle der Betriebs- und Personalräte sowie Mitarbeitervertretungen an den Minister werden aber ohne Druck von unten wenig Erfolg haben. Auf eine deutlich gezeigte Kampfbereitschaft kommt es an!

Gernot Linhart

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie an weiteren **Informationen der DKP Gießen** interessiert sind, erreichen Sie uns hier im Internet:

- www.giessen.dkp.de
- facebook.com/dkp-giessen.de
- instagram.com/dkp_giessen
- blog.unsere-zeit.de (UZ)

Imperialismus a la Menschenrechte

Wie schön war es in der guten alten Zeit. Da haben die imperialistischen Staaten wie die USA, Deutschland und der Rest der Bande relativ offen gesagt, wir führen diesen oder jenen Krieg, diese oder jene Kampagne im Sinne unserer geostrategischen, ökonomischen oder machtpolitischen Interessen. Meist war es eine Mischung aus allem. Spätestens seit Schröders „Aufstand der Anständigen“ in den 1990er Jahren und der Devise von Josef Fischer, man müsse nun Serbien angreifen, weil Deutschland Auschwitz verbrochen hat, etablierte sich eine andere Propagandalinie: der Menschenrechtsimperialismus.

Es geht zumindest rhetorisch nur noch um das Wohl der Menschheit. Kriege werden nur noch geführt, um Menschenrechte weltweit durchzusetzen, Krankenhäuser zu bauen, das Klima zu schützen und der bürgerlichen Demokratie weltweit zum Durchbruch zu verhelfen. Lupenreine

Demokraten werden in den Ländern aufgebaut und unterstützt, wie z.B. Nawalny in Russland oder Guaidó in Venezuela. Das Ganze endet dann meist in „bunten Revolutionen“, wie z. B. in der Ukraine oder Umsturzversuchen wie in Venezuela. Um so peinlicher,



Die Bundeswehr im Baltikum

wenn die Menschenrechtsfassade der westlichen Marionetten Risse bekommt. Amnesty International entzog Alexej Nawalny den Titel eines „Gewissensgefangenen“. Ausgerechnet Amnesty International, in den 1960er Jahren mit Hilfe des

britischen Geheimdienstes gegründet und in der Regel ein verläSSLicher Helfer westlicher Propagandakampagnen. Die Aberkennung des Titels wurde mit rassistischen Äußerungen Nawalyns begründet. In älteren Youtube-Videos hatte Nawalny Bewohner des Nordkaukasus mit Ungeziefer verglichen. In einem Interview von 2017 hat er auf Nachfrage versichert, er bereue die Aussagen in diesen Videos nicht. Dabei haben die USA so viel Aufwand in das demokratische Image Nawalny gesteckt: 2010 Aufbaustudium im „World Young Leaders“-Programm der US-Eliteuniversität Yale. Ein Programm, um Kader für kommende Umsturzversuche auszubilden bzw. in den jeweiligen

Ländern Einflussagenten der USA zu etablieren.

Ein schönes Beispiel für die Heuchelei der „westlichen Wertegemeinschaft“.

Henning Mächerle

CDU und BID mit Vollgas gegen Fahrradstraßen

Auf der Online-Bürgerversammlung zum erfolgreichen Bürgerantrag "Fahrradstraßen" um und durch Gießen konnten die 150 Beteiligten die argumentative Schwäche der Nein-Sager von CDU bis BID (geschäftliches Quartiersmanagement) bestaunen. Bürgermeister Neidel versuchte die Forderungen nach Fahrradstraßen auf den Verkehrsentwicklungsplan umzuleiten, der erst 2023 fertig sein soll. Seine CDU hat wie auch die FDP angekündigt, den Vorschlägen von über 1.000 Gießener Bürgern in der Stadtverordnetenversammlung nicht zuzustimmen, sind sie doch Vertreter von "noch mehr Parkhäuser" und damit "noch mehr Verkehr". Der im angefügten Chatroom ausflippende BID-Vorsitzende Kirchhof wies immer wieder auf den Einzelhandel hin, der offensichtlich den Autoverkehr bis vor die

Geschäftstür benötigt, um Amazon und die Märkte der "Grünen Wiese" auszusteichen. Hinweise auf eine Aufenthaltsqualität ohne Autos prallten an ihm ab. Gegenvorschläge, wie das Fahrradfahren sicherer wird, konnten beide Seiten nicht vorbringen.

Der Initiator des Bürgerantrags, Oliver Jenschke, wies jedoch erneut darauf hin, dass der Anlagenring genug Platz für alle Verkehrsteilnehmer bietet. Es müsse Schluss sein mit "kleinteiligen" Maßnahmen.

Im Verkehrsausschuss wurde das Konzept der Initiatoren von den Grünen und SPD dann in einen einjährigen Versuch mit wissenschaftlicher Begleitung geändert. Offensichtlich herrschte bei beiden Angst vor ihrem eigenen Gestaltungsmut. Die "Gießener Linke" hätte

im Gegensatz dazu gerne Nägel mit Köpfen gemacht. Denn der Verkehrsversuch soll erst in sechs Monaten starten. Der Beginn der Vorbereitungsarbeiten läge ausgerechnet in den Händen von Verkehrsdezernent Neidel (CDU). Man kann voraussehen, dass die Fahrradstraßen mit Hindernissen und Schlaglöchern gepflastert werden.

Endgültig entschieden wird darüber am 4. März im Stadtparlament. Vorher gibt es wieder eine Fahrraddemonstration, die den Parlamentariern in den Ohren klingeln wird.

M. Berger



Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantw.: Gernot Linhart, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46, BIC SKGIDE5F.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Druck: Gründrucken Gießen
Rückmeldungen, Leserbriefe, Anfragen an:
Gießener Echo, Postfach 110340, 35348 Gießen,
Neue E-Mail: giessen@dkp.de
Im Internet: www.giessen.dkp.de

Falk Moldenhauer

* 23.07.1955 † 08.02.2021

Wir nehmen Abschied von einem Genossen, der uns viele Jahre mit besonderen Leserbriefen versorgte.




Seinem Bruder Uwe und seiner Freundin sprechen wir unser tiefes Mitgefühl aus.

DKP Gießen

Termine

04.03.2021 um 16:00 Uhr:
Fahrrad-Demo, Route: Berliner Platz nach Allendorf (Lahn) zur Stadtverordnetenversammlung

06. und 13.03.2021 ab 10:30 Uhr: Infostand der DKP Gießen, Am Kugelbrunnen

08.03.2021 ab 17:30 Uhr: 
Frauenkampftag, Berliner Platz

17.03.2021 ab 19:00 Uhr:
Vorbereitung Ostermarsch, Friedensnetzwerk, DGB-Dachsaal

Jeden Montag um 18 Uhr:
Protest gegen Hartz IV bei den 3 Schwätzern

Redaktionsschluss für das April-Echo: Mi., 24. März

Leserbrief: Abbau der Vernunft

Nach der Konterrevolution 1989/90 in der DDR, dem heutigen Ostdeutschland, wurde der Wissenschaftsbetrieb bzw. die Vernunft abgebaut. Dies galt insbesondere für die gesellschaftskritischen Fächer wie Soziologie, Politologie und Philosophie.

Doch auch im Westen wurde der Wissenschaftsbetrieb teilweise abgewickelt, dies schon vor der Konterrevolution - das geschah unabhängig von den Berufsverboten, die ab 1972 durch die Regierung Brandt/Scheel, durch den unsäglichen Radikalenerlass, ins Leben gerufen wurden. Ich meine vielmehr wieder die gesellschaftskritischen Fächer, wie bereits oben angeführt als Lehrfächer,

so wie auch als Magister- und Diplomstudiengänge. Sie waren dem kapitalistischen Herrschaftssystem ein Dorn im Auge. Entsprechend gering war und ist die Nachfrage nach diesen Abschlüssen auf dem Markt. Umschulungen und Erwerbslosigkeit sind die Folgen, wie z. B. bei mir seit 1984. Hinzu kommt noch, dass nach 1989 die Diplom- und Magisterstudiengänge, auch in Gießen, abgebaut wurden. Stattdessen führte man die unkritischen und verschulten Studiengänge wie Bachelor ein. Die Entsolidarisierung der WissenschaftlerInnen war und ist hier die schärfste Waffe des Kapitalismus.

Uwe Moldenhauer

Matratze des Monats



Strukturellen Rassismus benennen und bekämpfen!

In Gedenken an die Opfer faschistischer Gewalt kämpfen für eine solidarische Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung.

Aufruf zum Widerstand gegen die faschistische Bedrohung.

Danke für die Zusendung!

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor 10 Jahren nahmen wir in einem Extra-Echo zur Reaktorkatastrophe in Fukushima Stellung. Wir wiesen darauf hin, dass die Reaktorexpllosionen mit weitreichender Verteilung von Radioaktivität in die Umgebung voraussehbar waren und nur die Abschaltung aller Kernkraftwerke wirklich Sicherheit böte. In den Monaten danach kamen jeden Montag bis zu 1.000 Menschen zu Mahnwachen vor das Rathaus.

Vor 20 Jahren berichteten wir, dass der grüne Umweltminister Trittin den Transport von Castor-Behältern aus Großbritannien und Frankreich nach Gorleben genehmigte, obwohl er ein paar Jahre vorher noch selbst gegen solche Transporte demonstrierte.

Vor 30 Jahren hatten Mieter des Hauses Frankfurter Straße 59 erreicht, dass eine Räumungsklage der Uni gegen sie abgewiesen wurde. Die Uni hatte Eigenbedarf angemeldet, weil sie dort Gästewohnungen einrichten wollte. Besitzer des Hauses ist das

damals SPD/Grüne regierte Land Hessen, das auch in anderen neu gekauften Häusern Mieter vertrieb und Wohnraum zweckentfremdete.

Vor 40 Jahren konnten wir melden, dass bereits über eine Million Menschen den Krefelder Appell unterschrieben hatten und damit deutlich machten, dass sie die Stationierung von Atomraketen in Europa ablehnten. Insgesamt wurde er 4 Millionen mal unterschrieben.

Vor 50 Jahren deckten wir auf, dass sich die Karstadt AG bei Neueinstellungen nicht mit den Arbeitszeugnissen begnügte, sondern gegen alles Recht heimlich Auskünfte bei früheren Arbeitsstellen über die Bewerber einholte. Vor allem interessierten sie sich für deren Charaktereigenschaften und den Grund für die Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Dabei wurden strenge Vertraulichkeit zugesichert und Gegenleistungen angeboten.

Gernot Linhart